

Lasten der Krise müssen die Werktätigen tragen

Im Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl am 6. März 1983 heißt es unter anderem: „Wir schaffen Arbeit und stellen die soziale Gerechtigkeit für alle wieder her.“

Wie wird dieses Versprechen erfüllt?

- Für einzelne Industriezweige vorgesehene Rationalisierungskonzeptionen blieben bewußt bis nach der Bundestagswahl am 6. März 1983 in den Schubläden der Unternehmer. So erfuhren zum Beispiel 10 Tage nach der Bundestagswahl die Beschäftigten der Howaldtswerke Deutsche Werft in Hamburg und Kiel, daß im Zuge einer „Sanierung“ 4000 Wertarbeiter auf die Straße fliegen.

- Bei den Großwerften Bremer Vulkan und AG Weser in Bremen und Bremerhaven sollen 3000 Arbeitsplätze vernichtet werden, weitere 2000 bei Blohm und Voß, den Thyssen-Nordseewerken und bei anderen.

- Solche „Sanierungen“ sind für weitere Unternehmen und ganze Industriezweige, zum Beispiel für die Stahlindustrie, vorgesehen. Auf diese Weise werden die Folgen der kapitalistischen Krise skrupellos auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt.

- Seit September 1982 stieg die Zahl der Arbeitslosen in der BRD um eine halbe Million, 2 253 768 BRD-Bürger hatten Ende April 1983 keine Arbeit, 764412 waren Kurzarbeiter.

Im CDU/CSU-Wahlprogramm wurde versprochen, neue Lösungen zu entwickeln, „um das Angebot an Ausbildungsplätzen zu sichern und zu erweitern“. Im Wahlkampf wurde verkündet, die Unternehmer stellen 30 000 Ausbildungsplätze zusätzlich bereit.

Was wird zur Erfüllung dieses Versprechens getan?

- Die BRD-Wirklichkeit beweist, daß hier die Zwangslage vieler Eltern und Jugendlicher zu politischem Kapitalgewinn mißbraucht wurde.

- Tatsache ist, daß 1983 weniger Lehrstellen vorhanden sind als 1982. Im vergangenen Jahr hatten Anfang Mai 20 bis 30 Prozent der Schulabgänger noch keine Lehrstelle, 1983 sind es 70 Prozent. Nach in der BRD selbst angestellten Berechnungen werden in diesem Jahr 87 000 Jungen und Mädchen ohne Lehrstelle bleiben.

- Der Mangel an Lehrstellen ist für viele Unternehmer zu einer Quelle für Profit geworden. So werden Lehrlinge unter der Bedingung eingestellt, daß sie die Kosten der Ausbildung selbst tragen.

- Es ist auch Praxis geworden, Bewerber für eine Lehrstelle „Probearbeit“ leisten zu lassen; das erfolgt natürlich unentgeltlich. Nach längerer Zeit erhalten die Jugendlichen dann die Mitteilung, „daß sie für den Betrieb doch nicht geeignet sind“.

Eine von der CDU/CSU im Wahlkampf verkündete Losung lautete: „Mehr Eigeninitiative und weniger Staat“.

- Was in Bonn darunter zu verstehen ist, das zeigt sich unter anderem in den hektischen Bemühungen, ein Gesetz zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts durchzusetzen.

- Die „Süddeutsche Zeitung“ nennt den Grund für den dabei entwickelten großen Eifer: „CDU/CSU drängen auf ein zügiges Gesetzgebungsverfahren und argumentieren dabei intern, bis zur möglichen Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen im Herbst müsse man fertig sein.“

Blickt man in die BRD, so bestätigt sich in vielfältiger Weise die Richtigkeit der Aussage Lenins über die bürgerliche Demokratie: „Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll - das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus...“ (NW)

III Für Propaganda und Agitation

Wertvoll für aktuelle Sichtagitation

Vom Verlag für Agitations- und Anschauungsmittel werden in den nächsten Tagen ausgeliefert:

Eine Bogenwandzeitung zum Thema „Der Frieden braucht Deine Tat“.

Auf dieser Bogenwandzeitung wird gezeigt, wie sich die Bürger der DDR aktiv für den Frieden einsetzen. Auf Farbfotos werden Arbeiter, eine Genossenschaftsbäuerin, ein Wissenschaftler und ein Soldat vorgestellt. Kurz berichten sie über ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens.

Die Wandzeitung ist grafisch so ge-

staltet, daß weitere Porträts von Werktätigen aus dem jeweiligen Arbeitsbereich und deren Bekenntnis für die Erhaltung des Friedens eingefügt werden können.

Format: P1, Preis 1,00 Mark, Bestell-Nr.: 171 356 3, Bezugsmöglichkeiten: DEWAG-Betriebe und -Verkaufseinrichtungen.

Weiterhin erscheint ein Faltblatt „Wie gestalten?“ zum Thema „Sozialistischer Wettbewerb“.

Dieses Faltblatt enthält Vorschläge für die Darstellung der Wirtschafts-

strategie der SED nach dem X. Parteitag. Ein Schwerpunkt ist dabei die öffentliche Führung des sozialistischen Wettbewerbs.

Das Faltblatt vermittelt Erfahrungen und gibt Ratschläge, wie vom Verlag für Agitations- und Anschauungsmittel herausgegebene Materialien für Wandzeitungen, Sichtagitationsflächen und kleine Ausstellungen eingesetzt werden können.

Format: P2, auf A4 gefälzt, Preis: 2,25 Mark, Bestell-Nr.: 171 402 3, Bezugsmöglichkeiten: DEWAG-Betriebe und -Verkaufseinrichtungen sowie Fachgeschäfte für Organisationsbedarf. (NW)